

Oberhaching, 20. August 2021

Klimaschutz, Energienutzungsplan – unsere Perspektive für Oberhaching

Allerspätestens seit diesen Sommerwochen mit seinen Extremwetter-Ereignissen, dem frühen Erd-Überlastungstag und dem Erscheinen des 6. IPCC Sachstandsbericht zur Klimaforschung dürfte auch dem letzten Zweifler klar sein:

1. der Klimawandel ist da;
2. der Klimawandel wird für alle spürbar werden und
3. alle Akteure müssen JETZT gegensteuern um die Auswirkungen möglichst gering zu halten. Ein „Weiter-so“ und „das haben wir schon immer bzw. noch nie so gemacht“ kann es in Bezug auf Faktoren, die unsere CO₂-Emissionen beeinflussen nicht mehr geben!

Vor der Sommerpause im Gemeinderat Oberhaching, wurden zwei Themen behandelt die direkten Einfluss haben auf das Wirken unserer Kommune in Bezug auf künftige CO₂-Emissionen, zu denen wir hier unsere Sichtweise darstellen:

1. Vorstellung Energienutzungsplan Oberhaching (GR Sitzung am 6. Juli 2020)

Mit großer Spannung haben wir, die B90/ DIE GRÜNEN Fraktion, die Vorstellung des Energienutzungsplans für Oberhaching erwartet.

Die Vorstellung des Berichts hat verdeutlicht, dass wir als Gemeinde Oberhaching in der durchaus guten Situation sind, über viele Rahmenbedingungen zur CO₂-Reduzierung zu verfügen bzw. diese günstig beeinflussen zu können, u.a.:

- a) Das Potenzial unserer Dächer für Photovoltaik ist großartig – theoretisch kann durch den maximalen Zubau der gemeindlichen und privaten Dächer mit PV-Modulen, mehr als 90% unseres aktuellen Stromverbrauchs generiert werden!
- b) Wir verfügen im Gemeindegebiet über eine Vielzahl von geeigneten Flächen zum Aufbau von PV-Freiflächenanlagen. Alleine die vom Erneuerbaren-Energie-Gesetz geförderten Flächen (d.h. Flächen, bei denen eine hohe Investitionssicherheit besteht), decken mehr als 40% des Gesamtstromverbrauchs unserer Gemeinde.
- c) Im Oberhachinger Gemeindegebiet gibt es Flächen mit Potenzial für Windkraft-Anlagen („Windräder“)
- d) Und nicht zuletzt: dank unserer Gemeindewerke (GWO), haben wir die Möglichkeit, die regenerative Wärmeversorgung über Geothermie noch signifikant zu steigern – denn die Energiewende wird nur mit einer Wärmewende, d.h. den Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch regenerative Wärme wie Geothermie, gelingen

Unserer Meinung nach, müssen diese Potenziale schnell und umfassend angegangen werden. Manches kann die Gemeinde selber machen (z.B. PV-Anlagen auf Schulen, Freiflächen-PV Anlagen auf Gemeindegrund), bei anderen Potenzialen ist es Aufgabe der Gemeinde, d.h. der Verwaltung und uns als Gemeinderat, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. vorbereitende Definitionen in Bauleitplanungen).

Daher haben wir in der Sitzung vom 6. Juli auf eine verbindliche Zeitlinie bestanden, bis zu der ein entsprechender Plan erarbeitet und abgestimmt werden soll. Uns ist wichtig, dass die Potenziale für regenerative Energieerzeugung nun verbindlich und zeitnah umgesetzt werden – und dafür alle notwendigen Rahmenbedingungen seitens der Gemeinde geschaffen werden.

Die im Bericht und in der Sitzung detailliert dargestellte Option, das Stromnetz vom Netzbetreiber Bayernwerk teuer zu erwerben um es selber zu betreiben, ist unserer Meinung nach eine nachgelagerte Diskussion. Denn so lange wir nicht mind. 50% unseres Stromverbrauchs regenerativ lokal erzeugen, müssen wir uns als politisches Gremium auch nicht Gedanken ein Stromnetz machen, für das erste Mal wieder hohe Investitionen notwendig sind. Das ist so, als würde man beim 2. Date, eine gemeinsame Wohnung kaufen.

2. Diskussion Bebauungsplan Gewerbegebiet am 27.7.2021

Intensiv wurde in der letzten Sitzung am 27.7.2021 über den Rahmenplan der Erweiterung des Gewerbegebiets diskutiert.

Wir als GRÜNE-Fraktion, verstehen den Bedarf, zusätzliche Fläche für die Erweiterung des Gewerbegebiets zu schaffen und haben hierfür auch unsere Unterstützung signalisiert.

In Anbetracht der notwendigen Energiewende und dem (von der CSU-Landesregierung!) ausgerufenen Ziel, 2040 klimaneutral zu sein, sollte die Gemeinde hier ebenfalls die notwendigen Rahmenbedingungen sichern. Das kann die Verwaltung in diesem Falle auch, denn die Fläche die veräußert wird, gehört der Gemeinde. Die Gemeinde hat daher die Möglichkeit, in städtebaulichen Verträgen bestimmte Vorgaben zu machen. Unserer Meinung nach gehört neben einer Anschlusspflicht zur Geothermie, die seitens der Verwaltung bereits im Sachvortrag festgehalten wurde, auch eine Pflicht zum Bau von Photovoltaik-Anlagen auf den entstehenden Dächern. Denn ein Blick auf die Dächer im Gewerbegebiet heute zeigt: ganz so eifrig sind die Standort-Eigentümer hier nicht, auch wenn es wirtschaftlich durchaus interessant wäre.

Kleiner Hinweis: Herr Söder hat es ja neulich ganz offiziell zugegeben: er hofft auf eine bundesweite PV-Pflicht nach der Bundestagswahl – konnte er sich selber mit diesem Thema wohl nicht gegen seinen Koalitionspartner durchsetzen. Wir können das hier aber in Oberhaching im Gewerbegebiet umsetzen und müssen nicht auf die Bundesebene warten 😊

Ihr seht: wir in Oberhaching können viel tun, um den Klimaschutz vor Ort ganz konkret voranzubringen. Da ist das individuelle Verhalten und die täglichen kleinen Entscheidungen eines jeden von uns, da ist aber auch die aktive Teilnahme am politischen Geschehen vor Ort. Daher: kommt doch in die Gemeinderats-Sitzungen und verfolgt, wie wir GRÜNE für die Umsetzung des Klimaschutzes einstehen. Die Sitzungstermine einschließlich der Unterlagen findet ihr auf der gemeindlichen Homepage im Rats- und Bürgerinfosystem unter <https://oberhaching.more-rubin1.de/index.php>

Und: macht das Kreuz am 26. September im Sinne des Klimaschutzes!